



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

1/IV/135

7. Oktober 1949

Wird der Gewerkschaftsbund stärker?
=====

R.D. Vom 12. bis 14. Oktober werden in München 467 Delegierte aus 16 Gewerkschaften zusammenkommen, um die Vereinigung aller Gewerkschaftler im westdeutschen Bundesgebiet zu beschliessen. In den einzelnen Gewerkschaftsbünden waren bisher organisiert: DGB (britische Zone) 2.800.000, Bayerischer Gewerkschaftsbund 800.000, Württemberg-Baden 460.000, Hessen 420.000, Rheinland-Pfalz 240.000, Südbaden 95.000, Südwürttemberg-Hohenzollern 70.000.

Diese Mitglieder verteilen sich auf die 16 Einzelgewerkschaften, von denen die IG Metall, Bergbau und Öffentliche Dienste die stärksten sind. Sie werden mit ihren Mitgliedern dem Bund korporativ angeschlossen sein. Ausgenommen bleibt zur Zeit noch die DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) als konkurrierende Organisation und der FDGB der Ostzone, der als politisch abhängige Staatsgewerkschaft nach dem Muster der DAF demokratischen Vorstellungen widerspricht.

Alle diese Menschen streben nun zu einem grossen Bund. Diesem sichtbaren Streben nach Konzentration stehen jedoch auch Tendenzen entgegen, die einmal historischen und wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten, zum anderen aber auch persönlichen Machtambitionen entspringen. Sie finden ihren Ausdruck in der Forderung nach bestimmter Art der Verteilung des Beitragsaufkommens.

Bisher führten die Einzelgewerkschaften 35 % ihrer Beiträge an die Bünde ab, die dafür die zentrale Schulung, wissenschaftliche Forschung, Vorbereitung von Gesetzen, die Wahrnehmung zentraler wirtschaftlicher Interessen und rein arbeitsrechtliche Betreuung aller Gewerkschaftsmitglieder übernahmen. 20 % der Gesamtbeiträge (innerhalb dieser 35) wurden von den Bünden für einen Fonds zurückgelegt, der zur Errichtung einer zentralen Unterstützungskasse dienen sollte.

* 2 *

1/IV/135

- 2 -

7. Oktober 1949

Die Bestrebungen, vor allem der grossen Industriegewerkschaften, gehen heute dahin, den Beitragsanteil des Bundes auf 15% zu beschränken und die Unterstützungseinrichtungen in eigene Regie zu übernehmen. Den IG-Vorständen, so lautet der Wunsch, soll der Bund nicht über den Kopf wachsen und man möchte ihm mit den Unterstützungseinrichtungen zugleich den unmittelbaren Kontakt mit der Mitgliedschaft nehmen. Seine Aufgabe wäre dann nur noch die Wahrnehmung der allen Einzelgewerkschaften gemeinsamen Interessen. Organisatorisch würde der Bund gleichfalls in die völlige Abhängigkeit der Einzelgewerkschaften geraten, da sein legislatives Fundament aus dem Kreis der direkten Mitgliedschaft in die Sphäre der höheren Angestellten der Einzelgewerkschaften verlagert würde. Er wäre nur noch reine Dachorganisation und damit würde der Anschluss an eine Entwicklung wiederhergestellt, die zu der verhängnisvollen Schwäche der Gewerkschaften im Jahre 1933 geführt hat.

Auch aus den bisherigen Länder- und Zonenbünden kommen Bestrebungen föderativer Art, die darauf abzielen, das Hauptgewicht des Bundes in die Länder zu verlagern. Auch hier geht der Weg über das Beitragsaufkommen; man möchte von den erwähnten 15% nur 5% an die Zentrale abführen, während 10% den Ländern verbleiben sollen. Wenn es auch nötig sein wird, den regionalen Gegebenheiten einzelner Gebiete Rechnung zu tragen - es wäre falsch, die Gewerkschaftspolitik nur nach den wirtschaftspolitischen Brennpunkten zu orientieren - so sollte man sich vor einem gewerkschaftlichen Föderalismus oder gar Partikularismus hüten. Die Neuverteilung der Machtpositionen im Sektor der Wirtschaft bedingt einen starken Bund; das Versagen des Bundes auf zentralem wirtschaftspolitischen Gebiet kann von starken Einzelgewerkschaften nicht wettgemacht werden.

Den Delegierten der Münchener Tagung obliegt eine Entscheidung, die über das Schicksal der Gewerkschaften für Jahrzehnte bestimmen wird. Mögen sie in der sprichwörtlich kühlen gewerkschaftlichen Überlegtheit eine Entscheidung finden, deren sie sich auch in hoffentlich ausbleibenden kritischen Zeiten nicht bedauernd zu erinnern brauchen.

- - -

Gesunkene Sterblichkeitsziffern

R.H. Noch nie war die Sterblichkeitsrate in den Ländern Westeuropas so niedrig wie jetzt. So lautet das Ergebnis einer Untersuchung, die von der Gesundheitsorganisation der Vereinten Nationen vorgenommen worden ist. Auch in Deutschland, für das keine Nachkriegsziffern genannt werden, dürfte die Sterblichkeitsrate derzeit ungewöhnlich niedrig sein. Das hängt vor allem damit zusammen, dass während des Krieges und insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren die gebrechlicheren Menschen vorzeitig dahingerafft worden sind.

Auch wenn man dies berücksichtigt, geben die veröffentlichten Ziffern doch einen Anhaltspunkt für die Beurteilung des Gesundheitswesens und des Lebensstandards der verschiedenen Völker. Es ist kein Zufall, dass eine Sterblichkeitsrate von weniger als 10 von 1000 nur die Niederlande, Dänemark, Norwegen und Schweden aufweisen.

Bei einem Vergleich der Ziffern für 1901 und 1948 zeigt sich, dass die Bemühungen, die Lebensdauer der Menschen zu verlängern, in allen westeuropäischen Ländern sehr erfolgreich waren:

Land	1901	1948	

Deutschland	20,7	-	1943: 12,1
Niederlande	17,2	7,4	
Dänemark	15,7	8,6	
Norwegen	15,0	8,8	
Schweden	16,0	9,9	
Italien	22,0	10,5	
Schweiz	18,0	10,8	
England	16,9	10,9	
Spanien	27,8	10,9	
Finnland	20,6	11,2	
Belgien	17,2	12,6	
Irland	17,2	12,1	
Portugal	20,9	12,8	
Frankreich	20,1	13,0	

Die natürliche Folge der geringeren Sterblichkeit ist, dass der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung immer grösser wird. In Grossbritannien, Schweiz, Schweden, Frankreich und Belgien beträgt er bereits mehr als 15 Prozent.

Erfreuliche Fortschritte verrät die Statistik auf dem Gebiete der Säuglingspflege. Die grössten Erfolge erzielte Schweden, wo von 1000 Säuglingen im ersten Lebensjahre 1938 noch 42 starben, 1948 nur mehr 23. An zweiter Stelle stehen die Niederlande mit 29 (1938 noch 37).

Dann folgen mit 32 bis 36 USA, Island, Dänemark, Norwegen, Schweiz und Grossbritannien. Von den westeuropäischen Ländern schneidet am

schlechtesten Portugal mit 100 (1938 : 137) ab, dann Österreich mit 76 (80), Italien mit 70 (106) und Spanien mit 69 (124).

Die Wirksamkeit der Säuglingspflege nimmt im allgemeinen nach Osten zu ab. Von den Staaten des Ostblocks liegt nur die Tschechoslowakei mit 83 (1938 : 110) unter 100, in allen anderen Ländern Osteuropas ist die Säuglingssterblichkeit ausserordentlich hoch. In Rumänien ergab sich sogar eine Erhöhung von 182 im Jahre 1938 auf 199.

---*---*---*---*---*---

Münchener Gesprächsstoff

R.H. München, im Oktober

Die politische Entwicklung in Bayern, die im wesentlichen um die Frage einer Landtagsauflösung kreist, ist durch eine Veröffentlichung des Generalsekretärs der Bayernpartei, Dr. Ernst Falkner, in ein neues Stadium eingetreten. Dr. Falkner stellt fest, dass die Bayernpartei "weltanschaulich nichts von der CSU trennt" und dass "nach längst fällig gewordenen Landtagswahlen die CSU Hundhammer'scher Trägung der gegebene Koalitionspartner für die Bayernpartei sein könnte."

Mit dieser Veröffentlichung werden offiziell zum erstenmal die Gedankengänge bekanntgegeben, die schon lange Gesprächsstoff zwischen den genannten Partnern gewesen sind und die ebenso häufig dementiert und in Abrede gestellt wurden. Dr. Hundhammer sieht seine Aufgabe in der CSU darin, die Koalition zwischen Bayernpartei und CSU unter Ausschaltung des Müller-Flügels zustandezubringen. Er hofft dabei, dass die CSU gegenüber der Bayernpartei im Vorteil bleibt und somit die Führung in dem dann entstehenden Koalitionskabinett übernehmen kann.

Die Bayernpartei hat gleichzeitig mit der Anspielung auf eine zukünftige Koalition mit Hundhammer ihre Forderungen bekanntgegeben, die lauten: Konstituierung eines Staatspräsidenten für Bayern und Revision der freiwilligen Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit des Bonner Grundgesetzes. Die erste Forderung würde eine Änderung der Verfassung darstellen, was einer Zweidrittel-Mehrheit bedarf. Um rechtswirksam zu werden, müsste ausserdem ein Volksentscheid herbeigeführt werden. Selbst bei einer vorsichtigen Beurteilung der politischen Lage

in Bayern erscheint diese Forderung als Utopie.

Die Vorgänge haben aber der Auseinandersetzung innerhalb der CSU neue Nahrung geliefert. Das Ausscheiden von August Haussleiter aus der CSU hat zwar bisher zu keinen weiteren Austritten führender Persönlichkeiten aus dieser Partei geführt - bisher haben seine Freunde diesen Schritt bedauert - aber die Auseinandersetzungen sind wieder bedeutend scharfer geworden. Die CSU in Franken weist mit Recht darauf hin, dass sie heute den Kern dieser Partei darstelle, da in Südbayern die CSU ihre Positionen an die Bayernpartei abtreten musste. Als Konsequenz aus dieser Tatsache fordert sie den Führungsanspruch innerhalb der CSU. Diese Kreise lehnen energisch eine Zusammenarbeit mit der Bayernpartei ab.

Die grosse Sphinx in dieser Auseinandersetzung ist gegenwärtig der ehemalige Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident, Dr. Josef Müller. Dr. Müller enthält sich bewusst jeder öffentlichen Stellungnahme, obwohl jedermann weiss, dass er in dem politischen Ränkespiel um die Führung innerhalb der CSU keineswegs die Hände in den Schooss legt. Es geht Dr. Müller offensichtlich darum, seinen ramponierten politischen Kredit zunächst wieder herzustellen und sich eine neue Basis zu schaffen.

Dr. Baumgartner gab in einem Interview vor einigen Tagen bekannt, dass Dr. Müller "nach zuverlässigen Informationen" die Absicht habe, die Auflösung des Landtages zu betreiben und dass er in einer der nächsten Sitzungen einen entsprechenden Antrag stellen will. Dr. Müller dokumentierte umgehend.

So schwebt die Landtagsauflösung als Damoklesschwert dauernd über dem gegenwärtigen bayerischen Landtag. Nicht nur die Oppositionsparteien SPD, FDP, Bayernpartei und SAV haben sich für eine Landtagsauflösung ausgesprochen, sondern auch Teile der CSU, die bekanntlich die absolute Mehrheit im Landtag besitzt, spielen bald von der einen, bald von der anderen Seite mit dem Gedanken einer Landtagsauflösung. Es handelt sich beinahe nur darum, dass sich die entsprechenden Partner zusehen finden. So kann ein Antrag von irgendeiner Seite aus als Funke wirken, der das Pulverfass zur Explosion bringt, ohne dass dieser Zeitpunkt voraus zu berechnen wäre.

Die SPD in Bayern hat sich auf diese Situation schon eingerichtet, indem sie schon vor einigen Wochen mit ihren Wahlvorbereitungen begonnen hat. Die Landtagsfraktion hat erneut ihren Beschluss bestätigt, auf die Landtagsauflösung hinzuwirken, ohne sich bisher auf einen Termin festzulegen.

Drei Vertriebenen-Anträge der SID

(sp) Die SID-Fraktion hat dem Bundestag drei Anträge zum Heimatvertriebenen-Problem eingereicht. Darin wird zunächst der Flüchtlingsausgleich gefordert. Aus den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern sollen 600.000 Vertriebene mit grösster Beschleunigung von den anderen Ländern mit Ausnahme der Städte Hamburg und Bremen aufgenommen werden. Die Umsiedlung soll die Familien-, Haushalts- und Lebensgemeinschaft der Heimatvertriebenen berücksichtigen und sie darf die Freiwilligkeit der Beteiligung nicht beeinträchtigen.

In einem zweiten Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, ein umfassendes Wiederaufbau-Programm vorzulegen, das zusammen mit einer grosszügigen Arbeitsbeschaffung die Voraussetzung für einen produktiven Einsatz der Heimatvertriebenen schafft. Besonderes Gewicht soll auf kombinierte Lösung der Wohnungs- und Arbeitsstätten-Probleme der Flüchtlinge, Ausgebombten und Heimkehrer gelegt werden. Weiter werden Gesetze oder Verordnungen für eine praktische Gleichberechtigung der Heimatvertriebenen (Staatsbürgerschaft, Pensionswesen, Sozial- und Kriegsbeschäftigtenrenten, Sparkonten) für einen echten Lastenausgleich und für eine Erhöhung der Mittel zum Soforthilfe-Gesetz gefordert.

Der dritte Antrag verlangt die Schaffung eines besonderen Referats für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen, das die Hilfe für die noch unter polnischer und tschechischer Verwaltung lebenden Deutschen zur Aufgabe hat. Als vordringlich wird die Übersiedlung dieser Deutschen angesehen.

- - - - -

SID-Vorsitz in 14 Ausschüssen (sp) Die SID wird den Vorsitz in folgenden 14 Bundestags-Ausschüssen führen: für Haushalt, Petitionen, Schutz der Verfassung, Geschäftsordnung und Immunität, Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten, gesamtdeutsche Fragen, Sozialpolitik, Kriegsoffer und Kriegsgefangenenfragen, Innere Verwaltung, Post- und Fernmeldewesen, Organisationseusschuss, Bau- und Bodenrecht, Patentrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

* * *

SID-Antrag zum sozialen Wohnungsbau (sp) Ein Gesetzentwurf zur Förderung und Ordnung des sozialen Wohnungsbaues soll dem Bundestag bis 31. Dezember durch die Bundesregierung vorgelegt werden, verlangt ein Antrag der SID-Fraktion in Bonn. Ziel des sozialen Wohnungsbaues müsse es sein, jährlich mindestens 250.000 Wohnungen zu erstellen. Das Gesetz soll die entsprechenden Finanzquellen erschliessen und Vorschriften enthalten, um Mieten-Übertreibungen zu verhindern. Die bisherige Neubaumiete soll auch für künftige Neubauten nicht überschritten werden dürfen.

* * *

Weitere Anträge der SID im Bundestag betreffen die Schaffung eines Heimerbeitergesetzes, eines Gesetzes zum Schutze werktätiger Mütter, die Erklärung Schleswig-Holsteins zum Notstandsgebiet, die Herausgabe eines Erlasses, nach dem bei der Besetzung der Stellen in allen Ministerien und sonstigen Verwaltungen der Bundesrepublik mindestens 10 Prozent aller Stellen mit Schwerbeschädigten besetzt werden müssen, und die Rückgängigmachung der Küstenkohle-Tarife, wie sie im Tarif- und Verkehrsanzeiger der deutschen Eisenbahnen Nr. 31 veröffentlicht wurden.

* * *

* * *

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau